

Pressemitteilung der Freien Wähler zur Stadtverordnetenversammlung 15.05.2025

Digitalisierung, Sicherheit und Haushaltsverantwortung im Fokus

In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung wurde mit breiter Mehrheit die Digitalisierungsstrategie für unsere Stadtverwaltung verabschiedet. Die Freien Wähler begrüßen diesen Schritt ausdrücklich. Ziel ist es, die Verwaltung zu einem modernen und leistungsfähigen Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln. Im Mittelpunkt stehen dabei Benutzerfreundlichkeit und Serviceorientierung – etwa durch die Erweiterung digitaler Bezahlmöglichkeiten wie PayPal oder GiroPay. Gleichzeitig sollen die Mitarbeitenden durch digitale Prozesse von wiederkehrenden Routinetätigkeiten entlastet werden. Auch das mobile Arbeiten wird künftig stärker gefördert, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen.

Zustimmung fand auch ein Prüfantrag der CDU-Fraktion zum Thema „Sicherheit bei Veranstaltungen“. Die Verwaltung soll gemeinsam mit mindestens zwei weiteren Kommunen prüfen, wie eine Zusammenarbeit bei sicherheitsrelevanter Infrastruktur – zum Beispiel bei Absperrmaterial – erfolgen kann. Angesichts aktueller Ereignisse in Deutschland halten die Freien Wähler diesen Vorstoß für richtig und notwendig, um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Kritik an überdimensionierten Ausgaben

Deutlich ablehnend äußerten sich die Freien Wähler hingegen zur geplanten Umgestaltung der Straße „Auf dem Maindamm“ in einen verkehrsberuhigten Bereich. Die von der Antragstellerseite geschilderte Gefahrenlage rechtfertigt aus Sicht der Freien Wähler keinesfalls Investitionen in Höhe von über 500.000 Euro. „Die angespannte Haushaltslage unserer Stadt scheint insbesondere der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht bewusst zu sein. Anders lässt sich ein derart kostspieliger Antrag kaum erklären“. Die Freien Wähler betonen: Investitionen müssen sich an Notwendigkeit und rechtlicher Umsetzbarkeit orientieren – jeder Euro muss verantwortungsvoll eingesetzt werden.

Tempo 30: Zustimmung bei kritischer Einordnung

Zugestimmt haben die Freien Wähler einem weiteren Prüfantrag zur Einführung von Tempo-30-Zonen. Inhaltlich sei der Antrag jedoch überflüssig, so die Fraktion, da ein entsprechender Arbeitsauftrag bereits 2023 fraktionsübergreifend beschlossen wurde. Die neue Rechtslage – insbesondere die aktualisierte Straßenverkehrsordnung sowie die im März 2025 veröffentlichte Verwaltungsvorschrift – gibt der Stadt nun die Möglichkeit zur Umsetzung. „Der Antrag schadet nicht, ist aber in der Sache überflüssig“, so das Fazit der Freien Wähler.